

Der Nationalrat von A(syl) bis Z(wangsheirat)

BERN. Von der Fussball-EM sind Herr und Frau Schweizer heuer nur mässig angetan; ohne helvetische Teilnahme berührt der Anlass einfach weniger. Dafür fand nahezu zeitgleich ein eidgenössischer Anlass statt, der das Land etwas bewegte: die Sommersession von National- und Ständerat.

Grund für das nationale Interesse war vor allem das Geschäft, das zumindest alphabetisch an den Anfang dieses Berichts über die nationalrätliche Sommersession gehört: das Asylgesetz. So viele Reaktionen auf eine Reform erhalten wir Parlamentarier selten. Für Leserbrief und Zuschriften bedanke ich mich; sie sind wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Hingegen verurteile ich die respektlosen Vandalen, die das Bundeshaus mit Eiern bewarfen und Scheiben kaputt schlugen, aufs schärfste. Worum aber ging es in der Vorlage? Klar ist: Wer politisch verfolgt wird, verdient unseren Schutz. Tausende Asylbewerber sind jedoch bloss aus wirtschaftlichen Gründen hier und profitieren dabei von den überlangen Verfahren; eine kleine Zahl belästigt die Bevölkerung gar durch Unflätigkeit und Aggressivität. Diese Leute untergraben den guten Willen unserer Bevölkerung. Wer diese Sorgen nicht ernst nehmen will, verstärkt die Spannungen in der Ausländerpolitik. Das schadet nicht nur echten Flüchtlingen. Es gefährdet auch die Unterstützung für den erfolgreichen bilateralen Weg mit der Personenfreizügigkeit.

Schutz für echte Flüchtlinge

Die bürgerlichen Parteien waren sich daher einig: Die Anreize müssen kleiner werden, dass jemand bloss hierher kommt, um zu profitieren. Unser Schutz gebührt den echten Flüchtlingen, die zudem kooperieren. Viele Massnahmen waren wenig bestritten, so dass jemand aus dem Verfahren fällt, wenn er untertaucht, oder dass der Bund vereinfacht Aufenthaltsplätze schaffen kann. Andere Massnahmen führten zu mehr Diskussion. Allerdings malten die Gegner gar schwarz. Hier einige Klärungen: Erstens: Familien bleiben zusammen; dafür hätten allerdings die normalen Regeln des Familiennachzugs genügt statt des weiter bestehenden Sonderstatus. Zweitens: Die Sozialhilfe für anerkannte Flüchtlinge bleibt unangetastet. Auch für besonders verletzliche Personen wie Familien, ältere Menschen, Traumatisierte oder Verletzte ändert sich nichts an der bisherigen Regelung. Einzig für junge gesunde Erwachsene soll während des Verfahrens neu die Sozialhilfe auf eine Art «Grundhilfe» reduziert werden. Auch diese umfasst Unterkunft, Kleidung, medizinische Versorgung, Pflegegeld sowie Zugang zu Beschäftigungsprogrammen (wo man Geld für Arbeit erhalten kann) und ist viel umfassender als die übliche Nothilfe für Abgewiesene. Diese neue Abstufung soll den Anreiz erhöhen, sich im Verfahren kooperativ zu zeigen, damit die Verfahren kürzer werden. Drittens: Wehrdienstverweigerung an sich ist kein Asylgrund mehr (auch für Schweizer gilt ja die Wehrpflicht) – wer aber politisch verfolgt wird oder von Folter oder Krieg bedroht ist, darf weiterhin bleiben. Zum Schluss: Die Jungfreisinnigen und die Jungsozialisten AR planen einen Besuch im Asylzentrum Landegg, an dem ich sehr gerne teilnehme.

Debatte zur Eurokrise
Weiter im Alphabet: Der Nationalrat verschärfte einige Börsen-



Andrea Caroni

Straftatbestände und verabschiedete für die Entwicklungszusammenarbeit 2013–16 leicht erhöhte Rahmenkredite – ein weiterer Beweis unserer humanitären Tradition. Eine dringliche Debatte zur Eurokrise bot sodann die Bühne für einen Schulterchluss aller Parteien zugunsten der Euro-Untergrenze von 1.20 Franken. Bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zog der Nationalrat dann die Schraube etwas an, verschob aber die umstrittene Frage der Solidarhaftung für Subunternehmer auf den Herbst. Die Legislaturplanung 2011–15 ihrerseits war eine der massen langfädige und folgenlose Übung, dass sie hoffentlich künftig gestrafft wird. Noch langfädiger war die seit Jahren dauernde Debatte über die «Minder-Initiative»; immerhin ist nun dank einer Wende der Grünliberalen zum Schluss alles ganz einfach: Es gibt keinen direkten Gegenvorschlag in Form einer «Bonussteuer». Entweder wird also die Initiative angenommen, oder es gilt die ausgewogenere Aktienrechtsrevision, die das Parlament beschlossen hat.

«N25» aufgenommen

Ein schöner Erfolg fürs Appenzellerland und seine Deputation war die Debatte über das Nationalstrassennetz. Die Strasse von Winkeln–Herisau–Hundwil–Appenzell wurde vom Bund als «N25» aufgenommen, mit der raffinierten Sonderbestimmung, dass wir weiterhin Ausgleichsbeiträge erhalten, als hätten wir keine Nationalstrasse. Das gilt, bis der Bund «substantielle Ausbauten» in beiden Kantonen vornimmt. Wir haben also den Fünfer (N25) und das Weggli (Ausgleichsbeiträge oder Ausbauten).

Der Nationalrat lehnte sodann die Volksinitiative «Postdienste für alle» klar ab, damit sich die Post gewandelten Bedürfnissen anpassen kann. Ein Krimi war hingegen die Abstimmung über drei Quellensteuer-Abkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich: Während die Verträge durchkamen, versenkte eine unheilige Allianz das Ausführungsgesetz. Erst im zweiten Anlauf kam auch dieses knapp durch. Die Auns sowie die Juso haben das Referendum angekündigt – die Extreme verschören sich einmal mehr gegen eine ausgewogene Lösung.

Ein Referendum liegt auch gegen das revidierte Raumplanungsgesetz in der Luft. Die Revision ist ein Gegenvorschlag zur «Landschaftsinitiative», die 20 Jahre lang jede Einzonung verbieten will. Mit der Initiative wären Kantone wie Ausserrhoden bestraft, die in der Vergangenheit haushälterisch einzonten. Stattdessen die Kröte eines strengeren Gesetzes zu schlucken, kann sich für uns auszahlen. Anders sieht das z. B. das Wallis, das in der Vergangenheit masslos einzonte und daher vom Moratorium der Initia-

tive sogar profitieren würde – zu Lasten anderer Kantone.

Weiter revidierte der Nationalrat das Tierschutzgesetz (berühmt wegen des Delphinverbots) und einigte sich mit dem Ständerat über Via Sicura (berühmt u. a. wegen der – abgewehrten – Velohelmpflicht für Kinder). Das alphabetische Ende der Beratungen betraf schliesslich kaum bestrittene Massnahmen gegen die Zwangsheirat.

In eigener Sache sei noch erwähnt, dass der Bundesrat auf einige meiner Vorstösse geantwortet hat: Unter anderem sprach er sich für ein moderneres Verständnis der «Sittenwidrigkeit» in Verträgen aus und für eine Vereinfachung der politischen Rechte in Ausserrhoden. Gespannt bin ich auf die bundesrätlichen Ausführungen zum Freihandel mit den USA sowie auf die Reaktion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats auf meine Initiative zur Stärkung der Transparenz in der Wandelhalle.

Besuch der Freiheitsheldin

Höhepunkt der Session war übrigens der Besuch der burmesischen Freiheitsheldin Aung San Suu Kyi. Ich sah in Burma einmal ihr Haus, als sie noch unter Arrest stand. Diese Ikone der Freiheit nun persönlich zu erleben, war bewegend. Ebenso bewegend war allerdings auch der Tiefpunkt der Session: der Tod unseres Kollegen Otto Ineichen. Sein plötzlicher Hinschied – wenige Stunden vor unserem Fraktionsbesuch in seiner luzernischen Heimat – traf uns alle sehr. In der Kirche Sursee vereinte sich das Parlament in einträchtiger Andacht. Lieber Otto: Dein Tod hat uns wieder einmal vor Augen geführt, was wirklich zählt im Leben. Und Dein wirkungsvolles Leben hat uns gezeigt, wie man sich engagiert für das wirklich Wichtige einsetzt.

Andrea Caroni
Nationalrat (FDP)
Appenzell Ausserrhoden

Was Emotionen weckt, findet Beachtung

BERN. Die Wahrnehmung der Parlamentsarbeit in der Öffentlichkeit hängt stark von der Berichterstattung in den Medien ab. Parlamentarische Vorstösse, mit denen der Import von Delphinen oder der Einsatz von Plastiksäcken verboten werden soll, finden zum Teil fast gleich viel Beachtung wie wirklich bedeutende Geschäfte, wie beispielsweise die Abkommen zur Abgeltungssteuer mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien oder die Revisionen des Raumplanungsgesetzes und des Asylgesetzes. Resonanz findet, was Emotionen weckt, und davon war in der abgelaufenen Session einiges vorhanden.

Intensive Session

Persönlich orientiere ich mich anders. Die vom 29. Mai bis 15. Juni dauernde Sommersession der eidgenössischen Räte war für mich persönlich trotzdem eine sehr intensive Session. Verantwortlich dafür waren Themen, mit denen ich als Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK), als Mitglied des Leitenden Ausschusses der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), als Mitglied der Europakommission der KdK oder ganz einfach als Landammann von Appenzell I.Rh. näher befasst bin. Ich möchte zwei davon erwähnen.

Strategie für ländliche Gebiete

Die vorwiegend ländlich geprägten Kantone beklagen seit einiger Zeit, dass der Bundesrat zwar eine Agglomerationspolitik definiert hat, dass es in der Bundespolitik aber an einer Strategie für die Berggebiete und die ländlichen Räume fehlt. Alt Ständerat Theo Maissen (CVP, GR) wollte dies im Herbst 2011 ändern. Der Bundesrat sollte mit einer Motion den Bundesrat beauftragt werden, auch für diese Gebiete eine Strategie zu entwickeln. Anlass zur Motion gab unter anderem der erste Entwurf für ein Raumkonzept Schweiz, in dem der ländliche Raum faktisch als Rest-



Daniel Fässler

fläche behandelt wurde. Entsprechend vage, unverbindlich und wenig konzeptionell waren die Aussagen zur künftigen Entwicklung des ländlichen Raums. Der Kanton Appenzell I.Rh. gehörte zu jenen Kantonen, die aus diesem Grund den Entwurf für das Raumkonzept am stärksten kritisierten. Es ist daher kein Zufall, dass die Debatte im Parlament innerrhodisch geprägt war. Ständerat Ivo Bischofberger, der die Motion vom zurückgetretenen Motionär übernahm, erreichte in seiner Kammer eine klare Zustimmung mit 21:4 Stimmen.

Keine Wunder zu erwarten

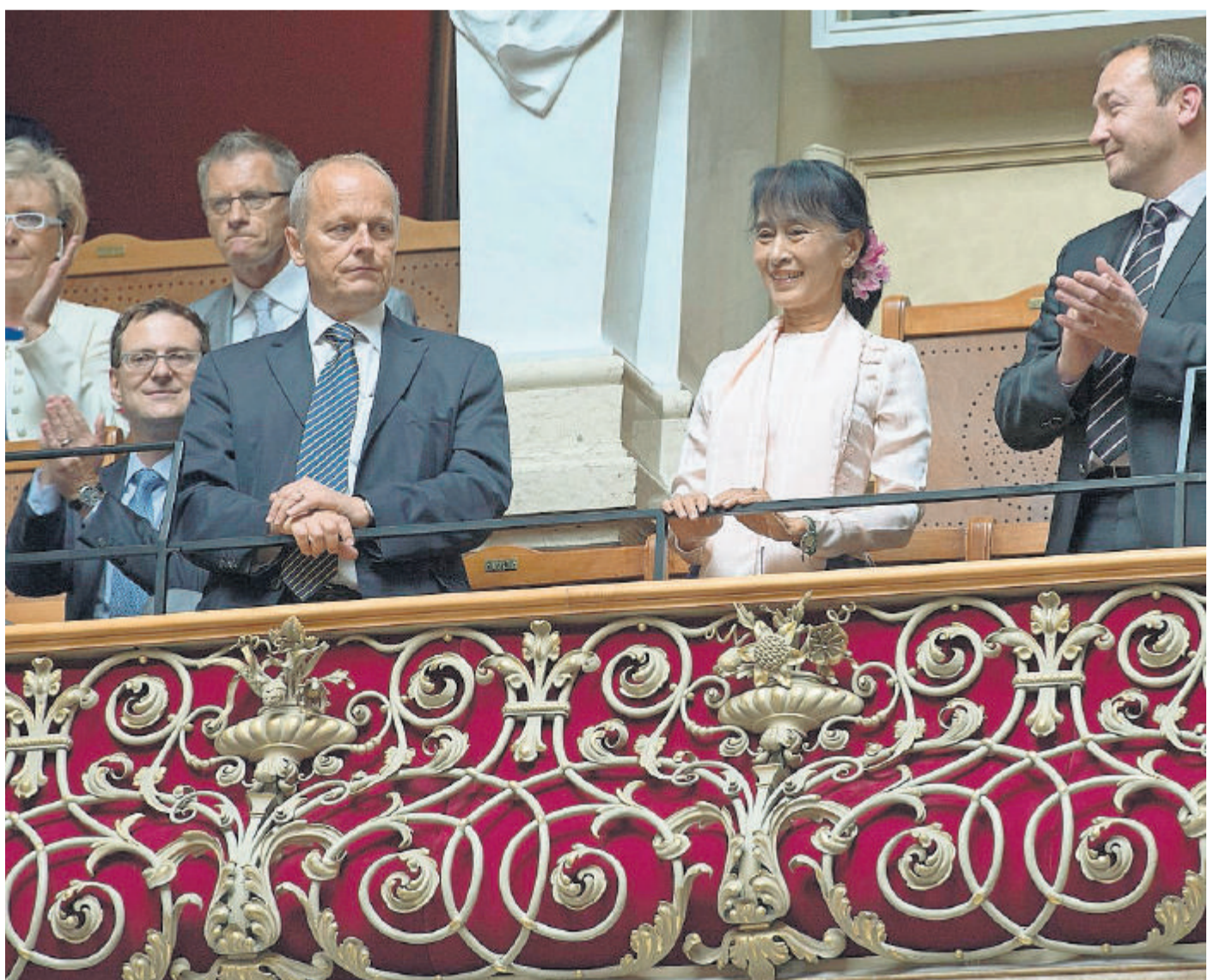
Ich selber durfte im Nationalrat als Kommissionssprecher die Meinung der vorberatenden Kommission vertreten. Wohl auch unter dem Eindruck der Zustimmung zur Zweitwohnungsinitiative hiess der Nationalrat die Motion sogar ohne Gegenstimmen gut, und dies obwohl sich der Bundesrat dagegen zur Wehr setzte. Wunder sind von dieser Strategie keine zu erwarten. Und trotzdem ist es nötig, dass sich der Bund auch ernsthaft mit dem ländlichen Raum auseinandersetzt. Denn eine möglichst selbstbestimmte und ökonomisch erfolgversprechende Zukunft des ländlichen Raums setzt voraus, dass Planungs- und Investitionssicherheit besteht. Ohne eine gemeinsame, kohärente Strategie

von Bund und Kantonen ist dies nicht zu erreichen.

Gewässerraum

Der Raum entlang der Gewässer steht unter Druck. Umweltorganisationen und der Fischereiverband wollen diesen Gewässerraum möglichst weitgehend vor Eingriffen schützen. Andere wollen das landschaftliche Kulturland erhalten. Die Landwirtschaft möchte daher auch im Gewässerraum dem Versorgungsauftrag nachkommen und sich in der Nutzung weniger einschränken lassen. Um mit dem verfügbaren Bauland möglichst schonend umzugehen, möchten wiederum andere auch entlang der Gewässer dem Ziel des verdichteten Bauens nachleben, natürlich unter Wahrung der Hochwassersicherheit. Unter dem Eindruck einer Initiative des Fischereiverbandes erliess das Parlament im Dezember 2009 neue Gewässerschutzbestimmungen. Diese traten am 1. Juni 2011 zusammen mit Detailbestimmungen in Kraft, die der Bundesrat auf Verordnungsebene erlassen hatte. Zum Ärger vieler Kantone hat der Bundesrat den ihnen vom Gesetz her zustehenden Handlungsspielraum so stark eingengt, dass sie faktisch kaum mehr etwas zu sagen haben. Dagegen hat sich Widerstand formiert. Zusammen mit einem Vertreter des Schweizerischen Bauernverbandes habe ich in der UREK mit Erfolg eine Motion lanciert. Mit dieser sollen die Gewässerschutzbestimmungen sowohl im Interesse der Landwirtschaft als auch im Interesse des Siedlungsgebietes auf Verordnungsebene wieder gelockert werden. Zu meiner Freude ist der Nationalrat gegen den Willen des Bundesrates der Meinung der vorberatenden Kommission gefolgt, mit 94:89 Stimmen allerdings relativ knapp.

Daniel Fässler
Nationalrat (CVP)
Appenzell Innerrhoden



Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi (zweite von rechts) zu Gast beim Nationalrat. Für Andrea Caroni der Höhepunkt der Session.